

Antrag 5/I/2021

SPD-UB Northeim-Einbeck

Der Landesparteitag möge beschließen:

Paritätische Besetzung fürs Parlament

1 Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit Frauen besetzt sein, um als demokratisch legitimiertes
2 Organ der Gesetzgebung angemessen die Bevölkerung abzubilden. Nur so kann eine Repräsentation der
3 Wählerinnen erreicht werden.

4 Daher fordern wir, das Wahlrecht dahingehend zu ändern, dass eine entsprechende Zusammensetzung der
5 Parlamente gewährleistet wird. Der Forderung unseres Landesvorsitzenden Stephan Weil nach Einführung
6 eines Paritégesetzes schließen wir uns ausdrücklich an.

7

8 **Begründung**

9 **Wo stehen wir?**

10 Es ist traurige Realität, dass wir auch 100 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für
11 Frauen noch immer keine geschlechtergerechte Besetzung der Parlamente, unserer Gesetzgebungsorgane,
12 erreicht haben. Nicht nur sind wir von einem Frauenanteil von 50%, wie er dem Anteil der Frauen an der
13 Wahlbevölkerung entsprechen würde, in Bundestag und Landtagen weit entfernt. Im Jahr 2017 hat sich der
14 Frauenanteil sowohl im Bundestag als auch im niedersächsischen Landtag sogar noch verringert.

15 Derzeit beträgt der Frauenanteil der Bundestagsabgeordneten nur 31 %. Im letzten Bundestag, bis 2017, wa-
16 ren es immerhin 37,1 %. Zum Vergleich: 1990 lag der Frauenanteil im Bundestag immer noch bei desaströsen
17 20,5 %, 1998 stieg er auf 30, 9%, während es 2002 mit 32,5% sogar mehr als heute waren.

18 Schaut man auf den Anstieg des Frauenanteils der vergangenen Legislaturperioden wird klar, dass sich eine
19 paritätische Besetzung des Parlaments auf absehbare Zeit nicht von alleine ergeben wird. Es handelt sich
20 um keine Nachwehe des viel zu spät anerkannten Frauenwahlrechts, sondern um ein strukturelles Problem
21 der Politik. Und diese strukturelle Benachteiligung ist dort am stärksten ausgeprägt, wo es kein Gegenge-
22 wicht durch verbindliche Frauenquoten gibt. So ist der Frauenanteil in den Fraktionen der Grünen, der Lin-
23 ken und der SPD mit jeweils über 40%, teilweise sogar über 50% nahezu ausgeglichen (Grüne: 58,2%; Linke:
24 53,6%; SPD: 41,8%). In jenen Parteien, die sich selber keine Quotierung für Wahllisten auferlegt haben, ist
25 der Frauenanteil dagegen deutlich schlechter oder auch so gut wie nicht existent (CDU: 19,9 %, FDP: 22,5 %;
26 AFD: 10,8 %).

27 Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf den ebenfalls 2017 neu gewählten niedersächsischen Landtag.
28 Hier beträgt der Frauenanteil seit der Wahl sogar nur 27,7 %. Bis zur Wahl 2017 waren es hier dagegen noch
29 31,4% Frauen. Der niedersächsische Landtag liegt damit sogar noch weiter jenseits einer gleichberechtigten
30 Repräsentation der Bevölkerung als der Bundestag.

31 **Wo wollen wir hin?**

32 Eine gleichberechtigte Beteiligung im Parlament, nur das ist fair und nur das ist demokratisch. Wo Gesetze
33 gemacht und Entscheidungen getroffen werden müssen Frauen zu gleichen Teilen beteiligt werden. In un-
34 serer repräsentativen Demokratie muss die Bevölkerung einen effektiven Einfluss die Staatsorgane haben.
35 Tatsächlich fehlt Frauen dieser Einfluss jedoch, da sie im Parlament nicht repräsentativ vertreten sind. Ihre
36 Interessen und Perspektiven bleiben im Wesentlichen unberücksichtigt.

37 Wenn aber 50 % der Bevölkerung in unseren Parlamenten nicht ausreichend vertreten sind, untergräbt das
38 nicht nur die demokratische Legitimation dieser Institutionen, es heißt zugleich auch, dass die männliche
39 Hälfte der Bevölkerung mit ihren Interessen und Vorstellungen überrepräsentiert sind.

40 Bei allen Gleichstellungsdebatten in beruflichem oder familiärem Umfeld darf nicht ausgeblendet werden,
41 dass es gerade die Politik ist, von der aus die Rahmenbedingungen unseres gesellschaftlichen Zusammen-
42 lebens gesetzt werden. Insbesondere unserer Gesetzgebung darf daher die weibliche Perspektive nicht feh-
43 len, denn ohne sie wird das patriarchale System, in dem nur Männer die Regeln machen, gestützt!

44 Es zeigt sich damit, dass das Patriarchat nicht nur zu einer männlichen Dominanz in der Wirtschafts- und
45 Arbeitswelt führt, auch in der Politik besteht ein krasses Missverhältnis bei der Repräsentanz der Geschlech-
46 ter. Selbst die EU-Kommission hat bereits 2013 ein solches Missverhältnis von Männern und Frauen in der
47 Wirtschaft wie auch in der Politik in vielen EU-Mitgliedsstaaten scharf kritisiert und als undemokratisch
48 bewertet - und Maßnahmen von den Mitgliedern gefordert. In unseren Nachbarländern hat dies zum Teil
49 bereits gefruchtet, dort wurden in Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und Grie-
50 chenland mittlerweile Quoten-Regelungen für Wahlen eingeführt.

51 Wie kommen wir zum Ziel?

52 Die Männer werden die Positionen nicht freiwillig räumen um für mehr Frauen in der Politik Platz zu ma-
53 chen. Nachdem 100 Jahre seit Einführung des Frauenwahlrechts nicht genug Zeit waren, um Frauen in der
54 Politik angemessen zu berücksichtigen, wird sich das Problem nicht von allein lösen. Es handelt sich dabei
55 um keine Einzelfälle oder individuelle Probleme von Frauen, die benachteiligt werden – die Diskriminierung
56 hat System. Deshalb braucht es klare Regelungen, die eine paritätische Teilhabe von Frauen an der Politik si-
57 cherstellen – für alle Parteien. Nur so können bestehende Strukturen, die Frauen von politischen Mandaten
58 abhalten, aufgebrochen werden.

59 Eine verbindliche Quote für unsere Parlamente ist der einzige Weg, um Frauen gleichberechtigt in politi-
60 sche Entscheidungen einzubinden; um sicherzustellen, dass die Interessen von Frauen Gehör finden; und
61 um eine lange überfällige Förderung von Frauen in der Politik zu erreichen. Wir brauchen Vorbilder, die an-
62 deren Frauen das Gefühl geben, den Schritt in die Politik wagen und dort etwas erreichen zu können. Wir
63 müssen aber auch die Voraussetzungen politischen Engagements überdenken und Hindernisse verschie-
64 denster Art abbauen, welche talentierte und qualifizierte Frauen von politischen Ambitionen abhalten. Die
65 Frauenquote ist dafür nur ein erster Schritt, aber ein entscheidender. Gleichzeitig ist die Quote auch hier
66 wie überall kein Selbstzweck, sondern soll letztendlich durch eine eigenständig funktionierende paritätä-
67 sche Besetzung der Parlamente überflüssig werden.

68 Ziel muss sein, dass nicht nur jene Fraktionen paritätisch besetzt sind, welche sich freiwillig und partei-
69 intern eine Quote gegeben haben, sondern ALLE. Parteien, die eine entsprechende Berücksichtigung von
70 Frauen auf ihren Wahllisten nicht gewährleisten, muss als Konsequenz der Verlust von Parlamentssitzen
71 drohen, um die Quotierung auch gegenüber jenen Parteien durchsetzen zu können, welche das Ziel einer
72 gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter an der politischen Entscheidungsfindung nicht teilen. Von
73 demokratischer, gleichberechtigter Teilhabe kann sich keine Partei ausnehmen, sie muss unbedingte Vor-
74 aussetzung für die Beteiligung in einem Parlament sein.

75

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Leitantrag "Parität"